Afrikas Perspektive – Europas Politik

Das VENRO-Projekt zur Afrika-EU-Partnerschaft

Auf dem Prüfstand: Die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie drei Jahre nach Lissabon

2010

Internationale Konferenz, 15. November 2010 in Berlin
Diskussionen und Interviews

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-ORGANISATIONEN e.V.

Forum Umwelt und Entwicklung

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Inhaltsverzeichnis

Editorial 3
Die Partnerschaft endlich mit Leben füllen

Hat die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie bisher die Erwartungen erfüllt? 4
Walter Lindner, Beauftragter für Afrikapolitik im Auswärtigen Amt
Philippe Darmuzey, Generaldirektion Entwicklung der EU-Kommission
Professor Peter Katjavivi, Parlamentsabgeordneter in Namibia

Afrika zwischen Europa und China: „Wir wählen aus, was gut für uns ist“ 6
Podiumsdiskussion: Partnerschaftsabkommen – wegweisend für internationale Beziehungen oder nur ein politisches Traumgebilde?

„Erlauben Sie uns doch auch, Fehler zu machen“ 8
Interview mit Prof. Zeng Qiang,
China Institute of Contemporary International Relations

Mehr Zivilgesellschaft, Parlament und praktische Augenhöhe 9
Podiumsdiskussion: Eine einheitliche europäische Afrika-Politik? Entscheidungsträger und Akteure unter der Lupe

„Die Energiepartnerschaft – konkrete Fortschritte oder noch am Bedarf der Afrikaner vorbei“ 11
Podiumsdiskussion: Genau hingeschaut: Klima- und Energiepolitik als Modellfälle für die neue Partnerschaft?

„Energieprojekte müssen demokratisch entschieden werden“ 13
Interview mit Henry Richard Kimera,
Consumer Education Trust (CONSENT), Uganda

Editorial

Die Partnerschaft endlich mit Leben füllen

Die 2007 beschlossene Gemeinsame Afrika-EU-Strategie (JAES) wurde in Afrika und Europa auch von der Zivilgesellschaft begrüßt. Schließlich fand ein Paradigmenwechsel statt: Von der paternalistischen EU-Strategie für Afrika 2005 zur Partnerschaft mit Afrika auf gleicher Augenhöhe, zu einer Partnerschaft nicht nur der Staaten und Regierungen, sondern auch der Völker. Trotz der Zusammenarbeit zwischen der AU- und EU-Kommission, den vielen Expertentreffen und der sehr komplexen und komplizierten Vernetzung von 53 afrikanischen und 27 europäischen Staaten ist diese Partnerschaft weitgehend unbekannt geblieben. Deswegen haben die afrikanische und europäische Zivilgesellschaft zu Recht hohe Erwartungen an den zweiten Aktionsplan für die nächsten drei Jahre. Das erste interkontinentale Treffen der europäischen und afrikanischen Steuerungsgruppen betonte die Notwendigkeit einer politischen und finanziellen Unterstützung für die afrikanische und europäische Zivilgesellschaft im Rahmen der JAES, damit der „people-to-people“ Ansatz der JAES umgesetzt werden kann. Eine solche Partnerschaft kann nur gelingen, wenn es zu einer Partnerschaft der Menschen in Afrika und Europa kommt. Dazu kann die Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten.

Sie kann aber nur gelingen, wenn sie einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) auf dem afrikanischen Kontinent liefert – und nicht nur den Interessen der Europäer dient. Dabei müssen ländliche Entwicklung, nachhaltige Landwirtschaft, die Verbesserung der Infrastruktur, Geschlechtergerechtigkeit und der Zugang zu nachhaltiger Energie insbesondere für die armen Bevölkerungsschichten in Afrika stärker als bisher berücksichtigt werden. Das Gleiche gilt für den Klimaschutz: Finanzielle Mittel, die in Kopenhagen den ärmeren Ländern zugesagt wurden, um die Folgen des Klimawandels zu mindern und sich besser an ihn anpassen zu können, müssen auch wirklich neu und zusätzlich bereitgestellt und dürfen nicht auf bereits bestehende Entwicklungshilfegelder und -zusagen angerechnet werden. Ebenso darf eine echte Partnerschaft auch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) nicht ausklammern – auch sie sollten für beide Partner verträglich und gleichberechtigt gestaltet werden.

Bei der Tagung „Auf dem Prüfstand: Die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie drei Jahre nach Lissabon“, veranstaltet von VENRO, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Forum Umwelt und Entwicklung am 15. November 2010 in Berlin, wurden der bisherige Verlauf der Partnerschaft, die Probleme und Herausforderungen aber auch bereits erzielte Erfolge beleuchtet. Die vorliegende Dokumentation zeigt die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Analysen und Debatten an diesem Tag auf.

Klar wird dabei: Der Mehrwert der Afrika-EU-Partnerschaft muss sich noch erweisen. Und er wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit tatsächlich die Interessen der Betroffenen auf beiden Kontinenten berücksichtigt werden. Keinesfalls aber sollte die Diskussion um die Partnerschaft von der vermeintlichen Konkurrenz zum neuen Mitbewerber China als Akteur in Afrika beherrscht werden. Welche Konditionalität ist angesichts dieser neuen Situation berechtigt, welche nicht? In welchem Maß dürfen Europäer noch Demokratie und Menschenrechte von Partnerländern einfordern? Derart abstrakte Debatten bringen Bauern und Bäuerinnen, die in einem vernachlässigten ländlichen Gebiet in Afrika leben, nicht weiter. Eine Afrika-EU-Partnerschaft mit der falschen Politik nützt niemandem etwas.

Prof. Dr. h. c. Christa Randzio-Plath
Stellvertretende VENRO-Vorsitzende

Michèle Auga
Leiterin des Afrika-Referates
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jürgen Maier
Geschäftsführer des
Forums Umwelt und Entwicklung

Hat die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie bisher die Erwartungen erfüllt?

„Unser Nachbar Afrika geht uns alle an“

Walter Lindner, Auswärtiges Amt

Dass er in positivem Sinne vom „Bazillus Afrika“ infiziert sei, machte Walter Lindner, neuer Beauftragter für Afrikapolitik im Auswärtigen Amt und früherer deutscher Botschafter in Kenia, bei seiner Rede zur Beginn des Workshops in Berlin deutlich. „Noch höre ich vor allem zu. Doch mit meinem hier sein möchte ich auch meinen Respekt vor der Zivilgesellschaft bekunden.“

Leider, so Lindner, sei es noch immer so, dass „zu wenig nach Afrika geschaut“ werde. „Doch gemeinsam mit Ihnen werde ich versuchen, das zu ändern. Es soll bei den Menschen hierzulande das Gefühl aufkeimen: ‚Afrika geht uns alle an.‘“ Schließlich sind Afrikaner und Europäer ja Nachbarn, „und wenn man irgendwo in einem Haus zusammen mit jemandem wohnt, kümmert man sich ja auch um ihn.“ Dabei gelte es, das andere, positive und viel versprechende Gesicht des schwarzen Kontinents zu zeigen, ohne allerdings die Probleme schön zu reden. Die Zusammenarbeit mit Afrika muss dabei nach Lindners Worten breit gefächert sein und betrifft zahlreiche Themengebiete:

- Sicherheit: „Es kann uns nicht egal sein, wenn in Afrika schwarze Löcher entstehen, wie etwa in Somalia und im Sudan.“ Auf keinem anderen Kontinent gebe es überdies so viele Friedensmissionen wie in Afrika, so Lindner. Als neues Mitglied des Sicherheitsrates müsse sich Deutschland mehr mit diesem Thema beschäftigen.
- Umwelt: „Es kann uns nicht egal sein, ob der Kilimandscharo abschmilzt.“ Während Abholzungen im Amazonas oder in Indonesien zahlreiche Proteste hervorriefen, würden Umweltzerstörungen, etwa im Kongo, weitgehend ignoriert.
- Wertekodex: „Die Menschenrechte sollten weltweit gelten. Denn ohne sie gibt es keine wirksame Konfliktprävention und Friedensarbeit.“
- Wirtschaft: Mit ihren hohen Wachstumsraten und ihrem Rohstoffreichtum – auch zur Gewinnung Erneuerbarer Energien – haben die afrikanischen Länder ein hohes Potenzial. Wichtig sei aber, dass die Ressourcen umweltfreundlich genutzt werden.

Insgesamt könne man die Afrika-EU-Partnerschaft nicht mit Afrikas Beziehung zu China vergleichen, so Lindner weiter. Im Falle Chinas „spricht eine Regierung mit einem Kontinent, bei uns sind es zwei Kontinente.“ Das führe naturgemäß dazu, dass Prozesse schwerfälliger sind. Oft sei auch das Netzwerken schwierig und die Vertreter von Afrikanischer und Europäischer Union hätten unterschiedliche Vorstellungen über die Partnerschaft. Lindner: „Da steht der Wunsch nach Projekten häufig den konzeptionellen Debatten gegenüber. Und manchmal gibt es in unseren Partnerländern auch überzogene Vorstellungen davon, was machbar ist.“ Deshalb dürfe man eine solche Partnerschaft auch nicht mit Illusionen überfrachten, wichtig sei aber eine „Mentalitätsänderung“ im gegenseitigen Miteinander. Der bisherige Aktionsplan der Afrika-EU-Partnerschaft sei ein Rahmenwerk. „Es kommt nun darauf an, wie wir das ausfüllen.“ Für die Nichtregierungsorganisationen (NRO), so versprach Lindner in Berlin, „werde ich dazu ein verfügbarer und transparenter Ansprechpartner sein.“

„Wir wollen eine Partnerschaft der Völker“

Philippe Darmuzey, Generaldirektion Entwicklung der EU-Kommission

Ob die Gemeinsame Afrika-EU-Strategie die in sie gesetzten Erwartungen bisher erfüllt hat? Diese Frage, so Philippe Darmuzey, sei schwer zu beantworten. In Lissabon habe man 2007 einen Rahmen geschaffen, der langfristig angelegt war. Seither seien aber lediglich drei Jahre vergangen. „Es kommt also darauf an, welchen Zeitraum man genau beleuchten will.“ Zudem müsse man genau definieren, was mit „Strategie“ gemeint sei. „Denn das bezeichnet ja wohl etwas Ehrgeizigeres als bilaterale Programme.“

Darmuzey nannte bereits einige Erfolge der Partnerschaft. So sei zum Beispiel im Bereich der Friedensmissionen ein Politik-Dialog etabliert worden. Gut voran komme man auch bei der Themenpartnerschaft Wissenschaft, Raumfahrt und Technologie. Auch in den Bereichen Klima und Energie sowie Migration, Mobilität und Beschäftigung seien Fortschritte zu verzeichnen. Doch gebe es weiterhin große Herausforderungen. Noch, so Darmuzey, sei nicht so richtig klar, welchen Mehrwert die strategische Partnerschaft gegenüber anderen Initiativen und Projekten habe. „Da müssen wir noch genauer hingucken.“ Hervorzuheben sei aber, dass es sich um eine Partnerschaft zwischen zwei Kontinenten handele und auch die regionalen Verbünde mit an Bord gebracht werden konnten. Allerdings sei der ganze Prozess bislang noch zu sehr von den Institutionen bestimmt. „Davon müssen wir wegkommen“, so Darmuzey. „Es soll ja keine Partnerschaft zwischen EU und AU sein, sondern eine Partnerschaft der Völker.“ Dazu müssten die einzelnen Mitgliedsstaaten auf beiden Kontinenten sich stärker als bisher einbringen. Auch der Privatsektor müsse seiner Meinung nach noch stärker eingebunden werden. Und schließlich gelte es, die verschiedenen Finanzierungsinstrumente besser aufeinander abzustimmen. Ein gutes Zeugnis stellte Darmuzey der Zivilgesellschaft aus: Die NRO hätten bereits für zahlreiche „sehr fruchtbare Debatten und Veranstaltungen“ rund um die Partnerschaft gesorgt. Die NRO hätten seiner Meinung nach nicht nur diskutiert, sondern Forderungen aufgestellt. So forderte er die Zivilgesellschaft ausdrücklich dazu auf, die Mitgliedsstaaten der EU und AU sowie die EU und AU selbst zu stärkerem „ownership“ zu bewegen. Zudem sagte er zu, den interkontinentalen Dialog der Zivilgesellschaft durch die EU zu unterstützen. Gleiches müsse auch für die AU gelten.

„Wir profitieren immer noch nicht vom Welthandel“

Professor Peter Katjavivi, Parlamentsabgeordneter in Namibia

Auch der namibische Politiker Peter Katjavivi antwortete auf die Frage, ob die Partnerschaft bereits Erwartungen erfüllt habe. „Das kommt darauf an, über wessen Erwartungen man spricht“, so Katjavivi, „die der Afrikaner oder die der Europäer?“ Seine Antwort: „Die Partnerschaft hat durchaus das Potenzial, beide zu erfüllen.“ Allerdings sei sie insgesamt auch ein sehr ehrgeiziges Projekt „an das sehr viele Erwartungen gestellt“ werden. Gut und wichtig sei es, dass die Partnerschaft von rein afrikanisch-europäischen zu mehr globalen Themen komme, „damit die Globalisierung für alle funktioniert“. Nach Katjavivis Ansicht wurden Fortschritte bisher bereits in den thematischen Bereichen Frieden und Sicherheit sowie Demokratische Regierungsführung und Menschenrechte erzielt. Außerdem bewertete der Namibier, genau wie EU-Vertreter Darmuzey, die Entwicklungen im Sektor Raumfahrt und Technologie positiv. Im Bereich Handel, Regionale Integration und Infrastruktur stellten allerdings die weiterhin bestehenden Unsicherheiten bei den WPA, den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU, ein großes Hindernis dar. Katjavivi: „Die EU nimmt hier teilweise eine zu aggressive Haltung ein. Sie erwartet von den afrikanischen Ländern, unverzüglich die Abkommen zu unterzeichnen. Doch viele von uns sind darauf noch nicht richtig vorbereitet.“ Ebenso profitiere Afrika nach wie vor kaum vom Welthandel – insbesondere auch weil die Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) seit Jahren nicht vorankomme.

Katjavivi wies auch darauf hin, dass die Finanzkrise die afrikanischen Länder in ihrem Bemühen um Entwicklung und Armutsbekämpfung ebenfalls schwer getroffen habe. Viele würden die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015 nicht erreichen können. „Doch das sollte auch keine Heilige Kuh sein. Vielleicht sollten wir mal darüber nachdenken, dieses Zieldatum auf 2020 zu verlegen“, so Katjavivi, der aber gleichzeitig versicherte, dass die Afrikaner alle Anstrengungen unternehmen würden, um die MDG zu erfüllen. Zahlreiche Erfolge gebe es denn auch schon bei der Bekämpfung von HIV/Aids, der Schulbildung und im Gesundheitssektor.

Lob fand Katjavivi auch für die Nichtregierungsorganisationen. Sie hätten rund um die Partnerschaftsverhandlungen ihre Stimme erhoben und Bedenken geäußert, die auch die Entwicklungsländer haben. Und abschließend stellte der Namibier fest; „Nur mit einem starken Engagement für die Partnerschaft auf allen Seiten, kann sie gelingen.“

Afrika zwischen Europa und China: „Wir wählen aus, was gut für uns ist“

Podiumsdiskussion: Partnerschaftsabkommen – wegweisend für internationale Beziehungen oder nur ein politisches Traumgebilde?

Teilnehmer:

- **Dr. Stefan Brocza,** Experte für Europäisches Recht, Universität Wien, Österreich
- **Dr. Cheikh Tidiane Dieye,** Programmmanager für den Bereich Handel, Environmental Development Action in the Third World (enda), Senegal
- **Prof. Zeng Qiang,** Berater, China Institute of Contemporary International Relations, VR China

Moderation: Jule Reimer, Deutschlandfunk

Eine Partnerschaft, so die gängige Auffassung, sollte von gemeinsamen Interessen und Zielen getragen sein. Und sie kann nur dann so richtig funktionieren, wenn beide Partner gleichberechtigt sind. Doch ist das in der strategischen Partnerschaft zwischen Afrika und EU der Fall? Oder drückt hier der Stärkere, nämlich das Bündnis der reichen Industrienationen, dem Schwächeren, also dem schwarzen Kontinent, die Bedingungen auf? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Diskussion, die sich allerdings schnell auf eine weitere, davon ausgehende Frage zuspitzte: Wer ist denn nun der bessere Partner für Afrika – Europa oder China, der neue Akteur auf der entwicklungspolitischen Bühne?

Nicht besser oder schlechter, sondern schlichtweg anders als Europa gehe man mit den afrikanischen Partnern um, führte zunächst Professor Zeng Qiang vom China Institute of Contemporary International Relations aus. „Wir geben nur die großen Linien vor. Es gibt keine Konditionalität, außer der einzigen Bedingung, dass Taiwan politisch nicht anerkannt wird“, so Qiang. Jedem Engagement gingen umfangreiche Konsultationen mit der jeweiligen afrikanischen Regierung voraus. Es würden eigens Workshops für den afrikanisch-chinesischen Kulturaustausch eingerichtet. Afrikaner könnten dort zum Beispiel die chinesische Sprache erlernen und sich mit dem chinesischen Wertesystem vertraut machen. Auch die praktische Hilfe, so Qiang, nehme weiter zu. Im Jahr 2006 habe China den Bau von 30 Krankenhäusern und Zentren zur Vorbeugung gegen Malaria für Afrika versprochen, inklusive Trainings für Ärzte und Krankenschwestern. Außerdem bekämen auch die NRO für die chinesische Regierung allmählich einen höheren Stellenwert. Für 2011 kündigte Qiang eine groß angelegte Konferenz mit chinesischen und afrikanischen NRO-Vertretern an.

Stefan Brocza, Experte für Europäisches Recht an der Universität Wien, räumte ebenfalls ein, dass die Partnerschaften, die Europa und China mit Afrika pflegten, sehr unterschiedlich seien. Doch nach seiner Meinung geht der europäische Ansatz über den chinesischen hinaus. „Bei den Chinesen kommt es wohl mehr auf den Aspekt Handel an.

Wir sind da schon viel weiter.“ Die Frage von Moderatorin Jule Reimer, ob denn „China handelt und Europa nur redet?“, verneinte Brocza eindeutig. Europa habe zahlreiche wirkungsvolle Projekte in Afrika auf den Weg gebracht. Und im Übrigen sei an dem häufig kritisierten Prinzip, Hilfe auch mit bestimmten politischen Bedingungen zu verknüpfen, unbedingt festzuhalten. Brocza: „Demokratie, gute Regierungsführung, Menschenrechte – all das erörtern wir mit unseren afrikanischen Partnern. Denn unter Freunden kann man auch mal über unangenehme Dinge sprechen.“ Europa habe nun mal politische Leitlinien, die es mit der Entwicklungszusammenarbeit verknüpfe – „und die wollen wir auch umsetzen. Oder sollen wir etwa sagen, Gender und Umwelt zum Beispiel, das ist uns jetzt alles egal? Das wäre ja Verleugnung.“

Wie der umworbene Partner, nämlich Afrika selbst die neue Auswahl zwischen Europa und China beurteilt, machte indes Dr. Cheikh Tidiane Dieye, Programmmanager für den Bereich Handel bei der senegalesischen Nichtregierungsorganisation enda (Environmental Development Action in the Third World) deutlich. „Mit dem stärkeren Engagement von China gibt es erstmals für uns eine Alternative zu Europa, so Dieye, „und das ist gut so. Denn wenn man verschiedene Partner hat, dann kann nicht immer nur einer den Preis bestimmen.“ Dabei ginge es den Afrikanern nicht darum, sich grundsätzlich für eine Seite zu entscheiden. Dieye: „Wir wählen das aus, was gut für uns ist. Das kann mal eine Kooperation mit den Chinesen, mal eine mit den Europäern sein.“ Tatsächlich hätten die Europäer in der Vergangenheit viel zu oft versucht, von oben herab mit den Afrikanern zu verhandeln. Zwar sei verständlich, dass die Vergabe von Entwicklungsgeldern auch an Bedingungen geknüpft werde. Doch die Konditionalität von Handelsabkommen wie die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sei unzulässig. „Hier werden politische Bedingungen mit dem Marktzugang verknüpft, das darf nicht sein“, so Dieye. Ebenso falsch sei es, auf einer Liberalisierung der afrikanischen Märkte zu bestehen, „bevor wir unsere Probleme im Inneren gelöst haben“. Die Folgen dieser Politik seien schon jetzt zu spüren: Der afrikanische Handel mit der EU ging um 32 Prozent zurück. Auch im Bereich der Entwicklungspolitik wird nach Dieyes Auffassung der Aspekt der guten Regierungsführung zu sehr in den Vordergrund gestellt. „Was nützt Demokratie, wenn es nichts zu essen gibt? Was nützen Wahlen, wenn die Menschen Analphabeten sind und Stimmen nur gekauft werden?“ Erst einmal müssten die Menschen zu essen und eine gute Ausbildung haben, „und dann kommt die Demokratie“, so der Senegalese – eine Auffassung, für die er aus dem Publikum allerdings auch deutliche Kritik erhielt. So erinnerte eine Zuhörerin daran, dass Hunger und mangelnde Befriedigung der Grundbedürfnisse meist kein Problem fehlender Ressourcen, sondern ungerechter Verteilung in diktatorischen oder autokratisch gelenkten Regimes ist.

„Die Indikatoren für Entwicklung sollten gemeinsam von Europa und Afrika definiert werden. Das wäre eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe.“

Carlos dos Santos, Botschafter von Mosambik

Etwas Kritik richtete Dieye schließlich auch an China. So kämen viele chinesische Unternehmen nach Afrika, ohne dort Jobs zu kreieren oder lokale Firmen im Rahmen von Joint Ventures mit an Bord zu nehmen. „Wenn sie nur mit ihren eigenen Arbeitskräften kommen, um dann später mit dem Material aus Afrika in China zu produzieren, dann nützt uns das nichts“, beklagte Dieye.

Regierungsberater Qiang gab zu, dass es beim wirtschaftlichen Engagement mit Afrika noch einige Probleme gebe. „Da sind auch private chinesische Unternehmen am Werk, die sich nicht immer gut benehmen. Das wollen wir ändern.“ Qiang verwies selbst auf jüngste Konflikte in Sambia, wo die Gewerkschaften gegen schlechte Arbeitsbedingungen in chinesischen Unternehmen vor Ort protestiert hatten. „Unsere Unternehmen sind meist auf Effizienz aufgebaut, und das führt zu Konflikten mit den Gewerkschaften“, so Qiang. Auch hier sei ein verbesserter Dialog mit den afrikanischen Partnern nötig. Insgesamt aber zeigte sich der Chinese optimistisch, dass alle Beteiligten voneinander lernen werden: „Der China-Europa-Afrika-Trialog ist bereits im Gange.“

„Erlauben Sie uns doch auch, Fehler zu machen“

Interview mit Prof. Zeng Qiang, China Institute of Contemporary International Relations

Herr Zeng, ist es für China wichtig, die Entwicklung der Afrika-EU-Partnerschaft zu beobachten?
Ja, natürlich. Wir möchten wissen, was da passiert. China ist sehr offen, und wir können von den afrikanisch-europäischen Initiativen viel lernen.

Was genau lernen Sie?
Zum Beispiel Effizienz. Auch uns fällt es manchmal nicht ganz leicht, mit unseren afrikanischen Partnern umzugehen. Da gibt es zum Beispiel Probleme mit Korruption. Außerdem können wir lernen, wie man mit Nichtregierungsorganisationen umgeht. Denn einige von ihnen spielen ja durchaus eine positive Rolle.

Sie sagen: „Einige“! nach welchen Kriterien sortieren Sie denn „gute“ und „schlechte“ Nichtregierungsorganisationen aus?
Das machen wir nicht, das ergibt sich aus dem Dialog. Im nächsten Jahr möchten wir eine gemeinsame Konferenz von chinesischen und afrikanischen Nichtregierungsorganisationen veranstalten. Eine Dachorganisation in Afrika veranstaltet die Konferenz. Sie soll selbst entscheiden, wer dazu eingeladen wird und wer nicht.

Welchen Stellenwert hat Afrika für China?
Für uns ist Afrika als Markt und Rohstoffquelle interessant. Wir hängen voneinander ab. Aber das ist natürlich nur ein Aspekt. Wir helfen den Afrikanern auch, selbst mehr von ihren Ressourcen zu profitieren. Wir wollen ihnen „empowerment“ verschaffen Wir fördern Junior Manager in Afrika.

Aber die Realität sieht doch vielfach anders aus. Chinas Unternehmen reisen mit ihren eigenen Arbeitern in afrikanische Länder ein, für die Menschen vor Ort entstehen kaum Arbeitsplätze…
Ja, da gibt es viele private Unternehmen, auf die wir keinen Einfluss haben. Wir können nicht zu hundert Prozent kontrollieren, was sie tun.

Handelt es sich denn nicht in erster Linie um staatliche chinesische Betriebe?
Wie ich schon sagte, alles können wir nicht kontrollieren.

Sie sprechen auch immer wieder davon, dass sie den Kulturaustausch zwischen Chinesen und Afrikanern fördern wollen. Doch bei ihren Tätigkeiten vor Ort sieht auch das anders aus. Die chinesischen Arbeiter leben in Camps neben den Baustellen weit entfernt vom afrikanischen Alltag, von den Städten und Dörfern der Menschen…
Ja, das stimmt leider. Doch in diesem Bereich wollen wir auch von den Europäern lernen. Wir wollen unsere Leute auch vermehrt in die afrikanischen Dörfer schicken. Doch viele Chinesen wären nicht in der Lage, in Afrika selbst für sich zu sorgen. Wir müssen vom Westen lernen, wie man in einem schwierigen Umfeld überlebt. Und im Übrigen: Erlauben Sie uns erst einmal, auch unsere eigenen Erfahrungen und Fehler zu machen. Dann können wir uns auch verbessern.

Chinesische Firmen in Afrika sind häufig an großen Infrastruktur-Projekten beteiligt, zum Beispiel Straßenbau. Welche anderen, konkreten Entwicklungsprojekte haben Sie noch?
Wir machen Projekte zur Verbreitung von Handys, Wasserkraft- und Brunnenbau-Projekte, Bau von Staudämmen und vieles mehr. Wir könnten den Afrikanern auch zeigen, wie man Pilze anbaut, aber dafür gibt es dort wohl keinen richtigen Markt.

Mehr Zivilgesellschaft, Parlament und praktische Augenhöhe

Podiumsdiskussion: Eine einheitliche europäische Afrika-Politik? Entscheidungsträger und Akteure unter der Lupe

Teilnehmer:

- **Thomas Albert,** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutschland
- **Rev. Malcolm Damon,** Economic Justice Network, Südafrika
- **Christoph Strässer,** SPD-Bundestagsabgeordneter, Deutschland

Moderation: Michael Steeb, VENRO, Deutschland

Fragt man Michael Steeb, AG-Sprecher vom Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), was er an dem schwarzen Kontinent besonders schätzt, so fällt ihm ein afrikanisches Sprichwort ein: „Es ist besser vergeblich zu gehen, als vergeblich zuhause zu bleiben.“ So bildreich beschrieb Moderator Steeb zu Beginn der Podiumsrunde das Problem, das nach seiner Meinung viele Europäer haben: „Afrikaner sind von einem enttäuschungsresistenten Realismus bestimmt.“

Lieber gar keinen Schritt, als einen falschen zu tun – wird die Afrika-EU-Partnerschaft von einer solchen, zögerlichen Haltung behindert? Oder sind es eher die vielen Köche, die den Brei verderben? Interessenkonflikte, unterschiedliche Player mit unterschiedlichen Motiven innerhalb der EU – das verkompliziert die gemeinsame Strategie mit Afrika. Doch wer sind die Hauptakteure sowohl auf europäischer als auch auf afrikanischer Seite? Hat Afrika seinerseits eine einheitliche Europapolitik, und welche Rolle spielen dabei die Afrikanische Union und die so genannten RECs, die Regionalgruppen in Afrika? Um diese Fragen drehte sich die folgende Debatte.

> *„Die Chinesen sagen einfach zu den Afrikanern: ‚Ihr habt was, was wir brauchen können. Was braucht Ihr von uns?’ Das nenne ich Augenhöhe.“*
>
> **Thomas Albert,** BMZ

In den vergangenen Jahren habe Europa gegenüber Afrika immer eher einen karitativen und humanitären Ansatz gehabt, so Thomas Albert, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ, einleitend. „Doch auch wir entdecken plötzlich, dass wir Interessen in Afrika haben. Dazu mussten erst die Brasilianer, Inder und Chinesen kommen, damit wir das zugeben.“ Diese neue Strategie sei für Europa dringend nötig. Nötig sei es allerdings auch, noch viel mehr Player als bisher an Bord zu holen. Albert: „Es ist leider immer noch mühselig, die Wirtschaft für Afrika zu interessieren.“ Zwar seien die Rahmenbedingungen in vielen Ländern des Kontinents schwierig, „aber das ist ja auch anderswo so.“ Es gehe also darum, von dem „desaströsen Image“ Afrikas loszukommen. Anders sollte sich Europa nach Alberts Worten auch in der Wertedebatte verhalten, etwa, wenn es um gute Regierungsführung geht. „Wir sollten die Werte nicht als heraus gelöste Prinzipien über alles stellen. Vielmehr sollten wir sagen: ‚Wir sind so.’ Und wenn man da in manchen Dingen nicht einig ist, dann kann man in einer Partnerschaft trotzdem miteinander auskommen. So wie wir das ja auch mit den Chinesen machen.“ Die Zivilgesellschaft als Akteure in der Afrika-EU-Partnerschaft noch erheblich zu stärken, lautete eine weitere Forderung Alberts. „Und wenn wir sagen, dass wir daran ein Interesse haben, dann müssen wir das auch aus Steuergeldern finanzieren.“ Zudem wäre es hilfreich, die Partnerschaft weniger holistisch anzugehen. Dazu schlug Albert vor, sich in den acht Themenbereichen auf Schlüsselthemen zu konzentrieren, „oder vielleicht überhaupt nicht alle Bereiche gleichzeitig, sondern vielleicht erst mal nur drei von ihnen anzugehen“.

Dass es keine einheitliche Strategie der Europäer für Afrika gibt, betonte Malcolm Damon, Geschäftsführer des Economic Justice Network aus Südafrika. Und auch auf der anderen, der afrikanischen Seite, sehe es mit der Einheit

nicht so gut aus. So seien schon allein die RECs, die afrikanischen Regionalgruppen komplex. Manche Länder gehörten zwei oder drei von ihnen an. Außerdem, so Damon weiter, hätten die verschiedenen WPA einen trennenden Charakter. Und schließlich, was die Beteiligung der Zivilgesellschaft angehe; „da sprechen immer alle davon. Aber letztlich ist es Theorie. Wenn man das in der Praxis wirklich durchsetzen will, dann klappt es oftmals nicht." Zu klären sei auch, wer genau mit Zivilgesellschaft gemeint ist. So verhandle die Afrikanische Union vor allem mit ECOSOCC, dem Economic, Social and Cultural Council der Afrikanischen Union. Doch die Nichtregierungsorganisationen seien in Wirklichkeit viel breiter aufgestellt.

Auf einen anderen, bei den Debatten um die Afrika-EU-Partnerschaft häufig übersehenen Akteur wies der deutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer hin – die nationalen Parlamente. „Zumindest in Deutschland sind wir an diesem Prozess nicht beteiligt", beklagte Strässer, „denn die Afrika-Politik steht nicht im Fokus des Deutschen Bundestags." Gerne, so der Abgeordnete weiter, wüsste er, wie es den Kollegen im EU-Parlament gehe, wie und ob sie zum Beispiel in die Vorbereitungen des EU-Afrika-Gipfels im lybischen Tripolis eingebunden waren. Eine einheitliche Strategie der Europäer für Afrika hält Strässer derzeit für nicht sehr wahrscheinlich. „Die EU ist kein homogener Block. Welche Interessen verfolgen zum Beispiel Rumänien oder Estland? Auch sonst sind sich die Mitgliedsstaaten sehr häufig uneinig. Warum sollte das bei der Afrika-EU-Strategie anders sein? Und ohne Beteiligung der Parlamente, so Strässer, sei ein abgestimmtes Vorgehen schon gar nicht zu erzielen. „Wir brauchen da eine offene Debatte. Ich möchte wissen, was passiert mit Blick auf die Partnerschaft im Sudan, was passiert anderswo in Afrika? Es kann nicht sein, dass wir Parlamentarier nur dafür da sind, die Hand zu heben, wenn es mal wieder darum geht, einem Bundeswehr-Einsatz zuzustimmen."

Eine weniger komplexe Struktur und etwas mehr Gleichberechtigung würden der Partnerschaft ebenfalls gut tun, darin waren sich die Podiumsteilnehmer einig. Zudem dürfe nicht, wie etwa beim Thema Korruption, mit zweierlei Maß gemessen werden. „Es gibt die, die korrupt sind und die, die Korruption fördern", so der Südafrikaner Damon. Und auch SPD-Abgeordneter Strässer beklagte, dass Deutschland die Anti-Korruptionskonvention noch immer nicht ratifiziert habe, „was auch noch an uns, den Parlamentariern liegt". „Weniger Arroganz, mehr gegenseitige Interessen und eine praktische Augenhöhe", diese Ingredienzien gehören laut Albert ins Rezept für eine erfolgreiche Afrika-EU-Partnerschaft.

„Die Energiepartnerschaft – konkrete Fortschritte oder noch am Bedarf der Afrikaner vorbei"

Podiumsdiskussion: Genau hingeschaut: Klima- und Energiepolitik als Modellfälle für die neue Partnerschaft?

Teilnehmer:

- **Regine Richter,** urgewald, Deutschland
- **Henry Richard Kimera,** Consumer Education Trust (CONSENT), Uganda
- **Hein Winnubst,** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutschland

Moderation: Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung

Die Energiepartnerschaft AEEP (Africa-EU Energy Partnership) als eine von acht Themengebieten innerhalb der Gemeinsamen Afrika-EU Strategie stand im Mittelpunkt dieser Diskussionsrunde. Sie gilt im Allgemeinen als erfolgreich – und hat durchaus konkrete Ziele und Aktionspläne vorzuweisen. Doch gibt es auch hier Schwachpunkte? Und wie ist es um ein mögliches, gemeinsames Vorgehen von Afrikaner und Europäern bei den internationalen Klimaverhandlungen bestellt?

Als erstes informierte Hein Winnubst vom deutschen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über die Entwicklungen bei der AEEP und die Ergebnisse des Ersten High-Level Meetings einer Partnerschaft im September 2010 in Wien. Er wies auf die gemeinsamen Herausforderungen hin, die sich für Afrikaner und Europäer mit Blick auf Energie stellen:

- die Abhängigkeit vom Erdöl, und das Bemühen, sie zu verringern,
- die gestiegenen Energiepreise,
- höhere Energieimporte und
- Klimawandel.

Für die Afrikaner sei Zugang zu nachhaltiger Energie ein besonders dringendes Thema, so Winnubst. 585 Millionen Menschen haben diesen Zugang bisher nicht, 650 Millionen müssen etwa zum Kochen auf traditionelle Biomasse, wie Feuerholz, zurückgreifen, was erhebliche Probleme für die Umwelt mit sich bringt. Und in manchen Entwicklungsländern, so Winnubst weiter, werden 80 Prozent der Devisen für Ölimporte ausgegeben. Die Afrika-EU Energiepartnerschaft könne helfen, diese Probleme zu lösen.

AEEP und auch die Projekte im Rahmen des Programms EnDev (Energising Development) sind nach Worten Winnubst der Beweis dafür, dass Europa durchaus sehr viel in Richtung Afrika tut. „Es stimmt nicht, dass wir nur denken, und die Chinesen handeln." EnDev-Projekte gebe es in 13 Partnerländern. Sechs Millionen Menschen wurden innerhalb von drei Jahren damit erreicht. Besonders erfolgreich seien Ansätze zur Verbesserung von Kochstellen, um massiver Rauchentwicklung in den Hütten und damit Atemwegserkrankungen vorzubeugen. Bei all diesen Projekten sei es natürlich wichtig, die Stimme der Zivilgesellschaft zu hören, so Winnubst. „Und dabei hat uns auf europäischer Seite VENRO sehr geholfen. Dagegen ist nicht so richtig klar, wer für wen auf afrikanischer Seite spricht." Der ECOSOCC sollte eigentlich zivilgesellschaftliche Akteure in Afrika ausfindig machen. „Doch dazu ist es nie gekommen. Und auch die Kommission der Afrikanischen Union hat bislang solche Akteure nicht identifiziert." Um zivilgesellschaftliche Akteure stärker in die Energiepartnerschaft zu integrieren, wird jedoch in der zweiten Jahreshälfte 2011 ein Partnerschafts-Forum mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatsektor stattfinden.

Henry Richard Kimera von der ugandischen Verbraucherorganisation "Consumer Education Trust" (CONSENT) machte darauf aufmerksam, dass bei allen Bemühungen um die Energiepartnerschaft zunächst auf die wahren Bedürfnisse der Konsumenten geachtet werden müsse. Denn was nütze der Zugang zu Energie, wenn er für die Menschen in Afrika nicht bezahlbar sei? Verfügbarkeit zu einem erschwinglichen Preis sei daher ein unbedingtes Muss.

Biosprit sei ein anderes drängendes Thema. Um ihn zu gewinnen, komme es vielerorts zu unzulässiger Landnahme. Kimera: „Hier muss über Ausgleichszahlungen für betroffene Dorfgemeinschaften nachgedacht werden." Wichtig sei auch, Fallbeispiele genau zu dokumentieren und über das Interne zugänglich zu machen. Insgesamt, so Kimera weiter, gebe es zwar viele Projekte und Entwicklungsstrategien für und in Afrika, doch sie seien nicht immer kohärent. Dazu verwies er auf ein Impfprogramm des Rotary Clubs – durchgeführt in Dörfern, in denen es allerdings gleichzeitig keinen Strom gibt. Energie jedoch mache

eine vernünftige Gesundheitsvorsorge erst möglich – und die wiederum ist unerlässlich für ländliche Entwicklung, so Kimera. Damit plädierte der Ugander auch für mehr Energieprojekte im kleineren Rahmen, die von der Afrika-EU-Partnerschaft gefördert werden müssten.

Moderator Jürgen Maier, Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung, schloss sich dieser Argumentation mit einer Frage an. Bekanntlich bringe AEEP viele Energie-Großprojekte hervor. „Ist das nun ein Grund für Alarm?“ Auf jeden Fall gehe es häufig am tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung vor Ort vorbei, so die Antwort von Regine Richter von der deutschen Organisation urgewald. Schon der AEEP Aktionsplan sei ein Indiz dafür, dass es in erster Linie um die Energiesicherheit für die Europäer gehe, die Strom und Gas aus Afrika importieren wollen. Am Grand Inga Staudamm in der Demokratischen Republik Kongo zum Beispiel sollen rund 40.000 Megawatt Strom erzeugt werden, die unter anderem über geplante 6.000 Kilometer lange Leitungen in Richtung Europa transportiert werden sollen. Die lokale Bevölkerung hingegen profitiere von solchen Großprojekten so gut wie nicht. Richter: „Ist das also wirklich das entwicklungspolitisch Sinnvollste, was man machen kann?“ Und auch bei dem Bau einer Gaspipeline durch die Sahara, ausgehend von Nigeria, müsste man erstmal fragen: „Wie viel Eigenbedarf hat das Land?“ Das AEEP Regelwerk befasse sich dagegen bislang nur mit der Frage: „Wie machen wir Afrika für Investoren interessant?“ Darüber, welche Entwicklungseffekte die Projekte haben, und wer von ihnen profitiert, werde nicht nachgedacht.

„Ziemlich unambitiös“ findet Richter auch das AEEP-Ziel, bis zum Jahr 2020 500 Megawatt aus Solarenergie in Afrika zu fördern. Und die Rolle, die der Privatsektor künftig bei der Energiepartnerschaft spielen soll, sei unklar. Richter bemängelte auch, dass andere Prozesse und Organisationen – wie etwa die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) – überhaupt nicht bei AEEP miteingebunden seien. Außerdem unterstellte sie der Energiepartnerschaft einen gewissen Neokolonialismus: „Hier geht es doch auch darum, dass ‚unsere’ Rohstoffe in Afrika nicht den Chinesen in die Hände fallen sollen.“

Hein Winnubst vom BMZ widersprach der Darstellung, die AEEP-Ziele, etwa für Solarenergie, seien zu gering angesetzt. „Das sagt die afrikanische Seite zwar auch“, so Winnubst, „aber wir wollen keine Sonntagsreden vereinbaren, sondern realistische Ziele formulieren, die auch wirklich umsetzbar sind.“ Bislang würden in ganz Afrika nur knapp 30 Megawatt Solarenergie erzeugt. Daran gemessen, sei die Vorgabe von 500 MW „doch eine ganze Menge“. Hinzu komme, dass Solarenergie vor allem für kleinere Projekte, wie etwa die Beleuchtung einzelner Häuser, genutzt werde, „und da kommt man eben nicht auf hohe Megawatt Zahlen.“ Bei der Wasserkraft gehe es ebenfalls nicht nur um große Staudamm-Projekte – gerade Micro-Hydro-Vorhaben in Afrika seien durchaus erfolgreich. Überdies sei Energiezugang das oberste Ziel der Partnerschaft und das verlange dezentrale Lösungen die losgelöst vom Netz selbstverständlich nicht durch Großprojekte realisierbar seien.

Aus dem Publikum heraus stellte Anke Kurat von VENRO die Frage, ob es der Energiepartnerschaft, die auch schon eigenständig existierte, gut getan hat, in die strategische Afrika-EU-Partnerschaft mit eingebunden worden zu sein? Nach Ansicht von Winnubst gibt es darauf nur eine gemischte Antwort: Wäre AEEP davon losgelöst, würde sie vielleicht positiver beurteilt, weil sie bereits weiter ist, als einige der anderen thematischen Partnerschaften. „Aber andererseits profitiert AEEP auch von dem politischen Momentum und der Aufmerksamkeit für die strategische Partnerschaft.“ Insgesamt, darin waren sich die Panelisten einig, wäre es ein bedeutender Fortschritt für AEEP, wenn der Klimaschutz stärker als bisher integriert werden könnte und Afrikaner und Europäer bei den internationalen Klimaverhandlungen zu einem gemeinsamen Forderungskatalog kommen würden.

AEEP: Partnerschaft für Energie

Die Energiepartnerschaft AEEP, ist eine von insgesamt acht thematischen Schwerpunkten, die 2007 in Lissabon für die Gemeinsame Afrika-EU Strategie festgelegt wurden. Ziel ist es, die Energiesicherheit auf beiden Kontinenten zu erhöhen, mehr Menschen in Afrika mit Energie zu versorgen und für all das die europäischen und afrikanischen Investments auf dem Energiesektor in Afrika, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien, deutlich zu steigern. Kritiker werfen jedoch der AEEP vor, dass sie zu sehr das Interesse der Europäer an Energiesicherheit und Energieimporten aus Afrika in den Vordergrund stellt.

Das High-Level Meeting der AEEP das im September 2010 mit großer Beteiligung stattgefunden hat, hat sich daher auf konkrete Ziele für die AEEP verständigt: Bis zum Jahr 2020 sollen auf dem schwarzen Kontinent 10.000 Megawatt zusätzlich aus Wasserkraft gewonnen werden, 5000 MW aus Wind- und 500 MW aus Solarenergie. Energiegewinnung aus anderen, nachhaltigen Quellen – wie Geowärme oder Biomasse – soll verdreifacht werden. 100 Millionen zusätzliche Menschen, so ein weiteres in Wien formuliertes Ziel, sollen bis zum Jahr 2020 Zugang zu Energie haben. Zur Umsetzung aller Ziele bis 2020 wurde von afrikanischen und europäischen Staaten sowie der EU-Kommission ein Programm zur Kooperation bei Erneuerbaren Energien beschlossen, das RECP (Renewable Energy Cooperation Programme).

„Energieprojekte müssen demokratisch entschieden werden“

Interview mit Henry Richard Kimera, Consumer Education Trust (CONSENT), Uganda

Herr Kimera, was genau macht CONSENT?
Wir sind eine Nichtregierungsorganisation, die 2002 gegründet wurde. Denn Verbraucher auch in Afrika sind zunehmend von wirtschaftlichen Entwicklungen betroffen. Fairer Handel, internationale Handelsgerechtigkeit, Lebensmittelsicherheit, soziale Dienstleistungen – all das sind wichtige Themen. Und die Verbraucherbewegung wächst in Afrika – zum Beispiel mit Blick auf die Telekommunikation Vielerorts bekommen die Konsumenten keinen wirklichen Gegenwert für ihr Geld.

In welcher Weise ist CONSENT in die AEEP-Verhandlungen einbezogen?
Wir bringen die sozialen Themen auf den Tisch, wir erheben unserer Stimme. Wir haben allerdings keinen direkten Zugang zu den Delegationen der Europäischen Union oder der Afrikanischen Union, die über die strategische Partnerschaft verhandeln. Wir sind aber über VENRO einbezogen.

Was halten Sie von der Kritik, dass die Zivilgesellschaft zu wenig am AEEP-Prozess beteiligt sei?
Schon in der Vergangenheit wurden die Nichtregierungsorganisationen bei internationalen Verhandlungen oft nicht oder kaum berücksichtigt. Es überrascht mich nicht, dass es diesmal wieder so ist. Natürlich reden alle davon, dass es anders sein sollte. Aber in der Praxis ist es doch so, dass hauptsächlich der Privatsektor, also die Unternehmen, berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sich das ändert. Denn wenn es um landwirtschaftliche Themen oder die Bereiche soziale Dienstleistungen, den Gesundheitssektor oder die Stärkung von Gemeinden geht, dann müssen die Betroffenen, also die Menschen vor Ort ganz konkret ein Mitspracherecht haben.

Und wie wollen Sie das ändern?
Wir müssen uns auch selbst ändern, uns besser informieren und uns mehr einbringen. Denn die Mitbestimmung wird uns nicht auf dem Silbertablett serviert. Dazu wollen wir auch Fallbeispiele sammeln, die aufzeigen: Wohin gehen welche Ressourcen, welche Ergebnisse hat das und wer profitiert davon? Das ist zum Beispiel wichtig im Bereich Biosprit, dessen Erzeugung vielfach die Lebensmittel-Sicherheit bedroht. Noch fehlt uns aber die Professionalität, solche Fallstudien zu recherchieren und aufzubereiten. Auch da müssen wir uns als Zivilgesellschaft weiterbilden.

Welche Forderungen haben Sie noch in Bezug auf AEEP?
Energie-Management und Demokratie – das geht an vielen Stellen noch nicht zusammen. Die Entscheidung über Energieprojekte und deren Ausgestaltung fällt nicht in den betroffenen Gemeinden selbst. Auch das muss sich ändern.

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Zu den VENRO-Mitgliedern gehören 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke. Sie repräsentieren etwa 2000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO.

www.venro.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine 1925 gegründete gemeinnützige, private politische Stiftung, die den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet ist. Sie unterstützt und betreibt gesellschaftspolitische Bildung und Beratung in Deutschland und in über 100 Ländern der Welt. Darüber hinaus fördert sie die Forschung und trägt zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit bei.

www.fes.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 gegründet nach der UN-Konferenz für Umwelt & Entwicklung in Rio. Das Forum koordiniert die Aktivitäten der deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in internationalen politischen Prozessen zu Nachhaltiger Entwicklung und zur nationalen Umsetzung internationaler Vereinbarungen. Themenbezogene Arbeitsgruppen und Projekte erarbeiten gemeinsame Positionen, koordinieren die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit und organisieren Tagungen und Konferenzen. Schwerpunktthemen sind Biodiversität, Klima und Energie, Landwirtschaft und Ernährung, Handelspolitik, Wälder, Wasser.

www.forumue.de

Mit dem Projekt „Afrikas Perspektive – Europas Politik“ möchte VENRO einen aktiven Beitrag zur Umsetzung der Gemeinsamen Afrika-EU-Strategie leisten. Das Projekt fußt auf der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnern der VENRO-Mitglieder, die während des VENRO-Präsidentschaftsprojekts 2007 begann. Im Rahmen des Projekts haben VENRO-Mitglieder und afrikanische Partner gemeinsam Positionen erarbeitet, die sich an politische Entscheidungsträger, die Medien und die interessierte Fachöffentlichkeit richten. Schwerpunkte des Projekts sind Energie und Klimawandel, regionale Integration und Handel, sowie Gender.

www.afrikas-perspektive.de

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO e.V.)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn
Telefon: 0228/ 94677-0
Fax: 0228/ 94677-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Autorin: Monika Hoegen, Journalistin (www.monika-hoegen.de)

Redaktion: Anke Kurat (verantwortlich), Alessa Hartmann
Endredaktion: Kirsten Prestin

Fotos: VENRO / Mechthild Wilhelmi

Design und Layout: i-gelb GmbH, Köln

Druck: Molberg GmbH, Bonn

Auflage: 1.000 Stück

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Der Inhalt dieser Publikation obliegt der Verantwortung der Herausgeber VENRO, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Forum Umwelt und Entwicklung. Sie gibt nicht die Meinung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Bonn, Dezember 2010

Afrikas Perspektive – Europas Politik

Das VENRO-Projekt zur Afrika-EU-Partnerschaft